

Riesaer Tageblatt

Drahtauschrift
Tageblatt Riesa.
Fremden Nr. 20.
Postleitz. Nr. 82.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Postgeschäftsstelle:
Dresden 1580.
Strasse:
Riesa Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsgerichtsbehörde beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen befreitliche bestimmt Blatt.

Nr. 237.

Sonnabend, 8. Oktober 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. **Bezugspreis:** gegen Vorauflösung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezüg 1 Mark 214 einheitlich Zustellgebühr (ohne Aufstellungsgebühr). Für den Fall des Eintrittens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachverarbeitung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetaages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewalt für das Erscheinen am bestimmten Tag und Wochentag wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschriftseite (5 Silben) 20 Gold-Pfennige; die 50 mm breite Postseite 100 Gold-Pfennige; zeitraubende und tabellarische Tafel 50% Aufschlag. Beste Tarife. Gewilligter Rabatt erhält, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nichttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verförderungseinrichtungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die deutsche Antwortnote überreicht.

Keine Beteiligung Amerikas an der Londoner Konferenz.

Im Zeichen der Neuordnung.

zu. Die Regierung hat etwas viel übernommen. Wöhrend sie an den inneren Aufbau gehen soll, während dieser Aufbau ihre ganzen Kräfte in Anspruch nimmt, hat sie die Kräfte der Reichs- und Verfassungsreform aufgezehrt, arbeitet sie an der Vereinheitlichung zwischen Reich und Preußen, ist aber außerordentlich mit schwierigen außenpolitischen Fragen belastet, die zwar keine Lösung bringen, aber fortgesetzte Entschlüsse fordern. Die außenpolitische Einstellung ist ja bekannt, und aus Opportunitätsgründen wird man eine Kritik unterdrücken müssen. Schließlich müssen wir die gleiche Disziplin wahren, wie sie im Auslande in der Presse selbstverständlich ist. Wenn die französische Regierung eine Aktion weißt, ist die französische Presse einheitlich, und jede Menge der englischen Presse folgt. Die Berliner Regierung könnte sich auf die deutsche Presse auch verlassen, die ihre Ziele wesentlich gefördert hat, wenn auch die einheitliche Unruhe nicht dazu führte, dass die Isolation Deutschlands heute fast sprichwörtlich geworden ist. Das darf man aber auch in dieser angestammten Zeit zu behaupten wagen: die Regierung hätte, und wenn die Situation noch so sehr eine Entscheidung forderte, zunächst an den Aufbau im Innern und an den außenpolitischen Bürgeln schleifen lassen sollen. Wirtschaftlich hat die Regierung durch ihre außenpolitische Kritik wenig erreicht. Heute war ja davon überzeugt, dass sie in der Lage und geeignet ist, die deutschen außenpolitischen Interessen zu vertreten.

Dadurch, dass die Regierung aber außenpolitisch jeden Rückhalt verloren hat, hat sie dem Aufbauoptimismus erheblich geschadet. Denn noch immer blüht die deutsche Wirtschaft über die Grenzen und sucht zu führen, ob vom Auslande irgend ein Richtstrahl fällt. Sie wird in ihren Hoffnungen durch die Spannung zum Auslande beeinflusst und hat heute allein die Aufgabe, an Selbsthilfe zu denken. Diese Selbsthilfe nur vermag die Regierung trotz allen guten Willens bei der Einigung unseres Eigenbedarfs nicht in dem Maße und mit der durchgreifenden Sicherheit durchzuführen, wie es erforderlich wäre. Einmal ist sie mit Arbeiten zu stark überladen, um sich auf die Aufbauarbeiten konzentrieren zu können, sodann aber treten Hemmungen in einem Ausmaß auf, die dazu zwingen, schließlich in vielen Fällen neue Gedanken, neue Maßnahmen in die Wege zu leiten. Wenn man nur einen Lagesbericht der Handelspresse beachtet, erhält man den Eindruck, dass der Fragenkomplex zu umfangreich ist, als dass er sich genügend im Nebenamt bewältigen ließe. Nun sind wir zahlmäßig bewiesen, dass die industrielle Produktion weiter zurück geht. Nicht nur weil die Ausfuhrerhöhung selbstverständlich ist, sondern auch, weil der Kaufkraftschwund immer mehr zunimmt. Auf der einen Seite wird die Ausfuhr durch die Montagierungspläne beeinflusst. Wenn es auch abgestellt wird, es bleibt eben Tatsache, dass ein starker Boykott deutscher Waren um sich greift und die Gegenmaßnahmen der uns landwirtschaftliche Produkte liefernden Länder nicht ganz ohne Wirkung sind. Sodann hat die Tariflösung dazu geführt, dass das Gesamtkommen erheblich gesunken ist, selbst wenn man die Renten- und Gehaltskürzungen nicht weiter berücksichtigt. Der Inlandsmarkt muss mitgedrungenen klein und feiner werden und die Folge davon muss weiterer Rückgang der Arbeitsmöglichkeit sein. Was nicht es, wenn immer wieder einige tausend Neueinstellungen gemeldet werden? Auf der anderen Seite stehen die Entlassungen und steht der neue Einnahmeausfall der in der 31. bis 40. Arbeitswochenstunde gefürchteten Volumenfänger. Der Landwirtschaft ist gewöhnlich auffällig geholfen, da nach den neuen Zusammenstellung nicht weniger als 410 Millionen Birnen von ihr genommen sind, Stundungen, die einmal das Reich beansprucht haben, die aber einmal nicht hinreichen, um die Landwirtschaft rentabel zu machen und ihrer Rolle zu entsperren, die aber andererseits dem Geldmarkt entzogen werden und als Einkommen der Kapitalgeber fortfallen. Von diesen 410 Millionen Einnahmen verdient das Reich die Steuer, ohne dass die Landwirtschaft dementsprechend höhere Kosten tragen wird und kann.

Die Montagierungspolitik nun kann zwar vorübergehend die Preise etwas erhöhen, was auch der Fall zu sein scheint. Wie immer aber haben den wenigsten Nutzen von dieser Preiserhöhung die Landwirte, sondern wieder der Zwischenhandel, der z. B. auf dem Fleischmarkt schon seit Wochen erhebliche Mehrgewinne einfiebert, ohne dass dem Landwirt für sein Schlachtmittel mehr gezahlt wird. Der Konsum würde verschwinden, wenn seine Wohlstellung schon der notleidenden Landwirtschaft zuflößt. Es muss aber von den Landwirten die alten Klagen hören und feststellen, dass er mit seinen Mehrgewinnen für das Fleisch den Zwischenhandel, vor allem dem Großhändler dient. Trotzdem die Regierung hier bereits wiederholte interpellierte wurde, hat sie noch keinen Ausweg gefunden. Und man könnte wirklich wiederholen: Sie ist eben zu sehr mit allen anderen Kräften belastet, eben richtiger.

Zum Inhalt der deutschen Antwortnote an England.

Kabinetsbeschluss über die deutsche Antwort.

In Berlin. Das Reichskabinett ist sich in seiner gesetzlichen Sitzung, die drei Stunden dauerte, über die Antwort konsensual geworden, die sie der englischen Regierung auf die Einladung zur Londoner Konferenz gegeben hat.

Außerdem hat das Kabinett eine ganze Reihe innerpolitischer wirtschaftlicher und sozialer Fragen behandelt, ohne aber hierzu Beschlüsse zu fassen. Bei den sozialpolitischen Fragen, die im Kreis der Reichsregierung augenblicklich eine Rolle spielen, gehört auch die Bildung gewisser Dörfern bei den Sozialrenten; bekanntlich hat sowohl der Reichsfinanzrat als auch der Reichsbauminister bereits öffentlich in Aussicht gestellt, dass die Reichsregierung bestimmt, für die schwere Zeit des Winters gerade auf diesem Gebiete ihr Möglichstes zu tun. Es ist anzunehmen, dass diese Frage in einer der nächsten Kabinetsversammlungen vorwiegend wird, das gleiche gilt wohl auch für gewisse Änderungen der Verordnung über die Erhaltung und Vermehrung der Arbeitsgelegenheit, die in manchen Punkten den Wünschen der Bevölkerung, auch der Arbeitnehmer, mehr angepasst werden soll.

Im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Fragen ist von Interesse, dass ein Berliner Abendblatt von einer Kritik im Reichsbauministerium spricht und behauptet, Freiherr v. Braun werde zurücktreten. Von unterrichteter Seite wird diese Meldung entschieden dementiert und festgestellt, dass von einer Braunkritik keine Rede sein kann.

Der Wortlaut wird nicht veröffentlicht.

Berlin. (Hunkspruch.) Wie wir erfahren, wird der Wortlaut der deutschen Note, die dem englischen Geschäftsträger gestern abends übergeben worden ist, nicht veröffentlicht. Über den Inhalt wird folgendes mitgeteilt:

Die Note ist nur kurz. Die Reichsregierung bringt darin ihre Bereitwilligkeit zum Ausdruck, mit dem von der englischen Regierung eingeladenen Mächten in einem offenen Meinungsansturm über eine zweimäßige und billige Lösung der Abrüstungsfrage einzutreten, eine Haltung, wie sie ja schon aus dem früheren deutschen Memorandum zu erkennen ist. Die Reichsregierung betrachtet als Ausgangspunkt solcher Verhandlungen die Schlussklärung der Lausanner Konferenz, in der gesagt wurde, dass außer den in Zusammenhang behandelten Problemen auch andere Fragen geregelt werden müssen — womit damals ausdrücklich die Abrüstungsfrage gemeint war — in dem Betriebe, eine neue Ordnung zu finden, die die Herstellung und Förderung des Vertrauens unter den Völkern in dem gegenwärtigen Geiste des Ausgleichs, der Zusammenarbeit und der Gerechtigkeit ermöglichen würde. Nach Aussicht der Reichsregierung sollte diese Erklärung den Gedanken für die von der englischen Regierung vorgeschlagene Aussprache bilden, so dass also diese Aussprache von demselben Geiste getragen wird, der es ermöglicht, den Schlussstrich unter das Reparationsproblem zu ziehen. Dagegen würden über Verhandlungen auf der Grundlage der englischen und französischen Note schwerlich geeignet sein, eine Regelung der Streitfrage herzustellen.

Die deutsche Note vermeidet jeden pessimistischen Ton. Und wenn die oben skizzierte Formel von Lausanne den Verhandlungen zugrunde gelegt wird, kann man nach deutscher Auffassung hoffen, dass es gelingt, zu dem Ergebnis zu gelangen, die Gründe, die uns von der Abrüstungskonferenz fernhalten, zu beseitigen und damit Deutschland wieder zur Abrüstungskonferenz hinzuzuführen. Die Reichsregierung hat auch bei ihren früheren Kundgebungen niemals einen Zweifel darüber gelassen, dass Deutschland

sie hat sich selbst zu sehr mit Aufgaben belastet, die hinausgeschoben werden können.

Die Montagierung, die zum Schmerzendlind geworden ist, ohne dass sie, wie gesagt, der Landwirtschaft wirklich dienlich sein wird, hat nicht nur die Industrie ausgerissen, die bereitst auf den absinkenden Auslandsumlauf aufmerksam macht und die neuen Gefahren für den Export, auch der Industrie- und Handelstag hat wieder mit einer auffallenden Schärfe sich an die Regierung gewandt und die Einfuhrhemmung nachgewiesen, die schwerer ist als auffallend, dass die Regierung diesem Appell nur die Einfuhrbeschränkung landwirtschaftlicher Artikel. Aber es ist auffallend, dass die Regierung diesem Appell nur die Erklärung entgegen setzt, die Montagierung sei bereits beslossen, und dabei bleibt es. Dass das ebenfalls dem Aufbau hinderlich sein muss, bedarf keines Beweises. Man erhält immer mehr den Eindruck, als ob die Regierung sich selbst entgegen arbeitet. Zu geben, dass sie es mit ihren Anfertigungsmethoden gut meinte. Was später geschah, bildete aber eine Gegenwirkung, die sich schneller fühlbar macht, als der Aufbau. Hinzu kommt, dass noch immer

einen erfolgreichen Ausgang der Abrüstungskonferenz erwartet. Die Note beruft sich also auf den Berikaner-Appell und die Schlussklärung der Lausanner Konferenz. Beides war ein Abrüstungsvertrag der Gegenseite, und daran knüpft die Note in Form einer fehlenden Warnung den Vorbehalt, durch den die Basis der Londoner Belegschaft geschaffen wird. Was schließlich noch den Zeitpunkt der von der englischen Regierung angeregten Aussprache anlangt, so hat die Reichsregierung dem englischen Geschäftsträger mitgeteilt, dass uns mit Rücksicht auf die Völkerbundversammlung ein etwas späteres Datum als der 11. Oktober erwünscht sei. Am übrigen geht aus dem oben skizzieren Inhalt der Note ja auch hervor, dass die Reichsregierung mit einer gewissen Erweiterung des an der Aussprache beteiligten Kreises einverstanden ist.

Ein österreichischer Schritt wegen der Londoner Konferenz?

Graf. (Hunkspruch.) Das Journal des Nations teilt mit, dass der künftige Vertreter Österreichs beim Völkerbund, Pfälz, gegen den Vertreter Frankreichs auf der Abrüstungskonferenz Kriegsminister Paul Boncours aufgetreten habe, um ihm mitzuteilen, dass die österreichische Regierung mit Urteil die Möglichkeit einer Zusammenkunft der großen Mächte in der Abrüstungsfrage aufzuhören könnte. Wohl kann verfolgt werden, dass die Note ja auch hervor, dass die Reichsregierung mit einer gewissen Erweiterung des an der Aussprache beteiligten Kreises einverstanden ist.

Amerika und die geplante Londoner Konferenz.

Washington. Die Frage, welche Haltung die Regierung der Vereinigten Staaten zu der geplanten Londoner Konferenz einnnehmen werde, wird durch eine Erklärung hoher Beamter des Staatsdepartements klar gestellt, die am Freitag an die Presse gegeben wurde. Die Vereinigten Staaten werden hierauf sich an der Londoner Abrüstungskonferenz nicht beteiligen und eine Haltung einnehmen, die man hier als „Hands off“-Politik bezeichnet. (Handbewegung.) Dies geschiebt, um nicht in die Intrigen Europas verwickelt zu werden, die sich bereits jetzt noch vor Zusammentritt der Konferenz bemerkbar gemacht haben. Das Staatsdepartement erklärt, es habe das allergrößte Interesse an einer deutsch-französischen Einigung, damit sich Hoover's Abrüstungsplan verwirklichen lasse. Es sei jedoch zu befürchten, dass die Londoner Konferenz eine schwere Belastungsprobe für die Politik Hoovers und Stimers in Europa verhindert zu werden, die sich bereits jetzt noch vor dem Standpunkt der Konferenz bemerkbar gemacht haben. Das Staatsdepartement erklärt, es habe das allergrößte Interesse an einer deutsch-französischen Einigung, damit sich Hoover's Abrüstungsplan verwirklichen lasse. Es sei jedoch zu befürchten, dass die Londoner Konferenz eine schwere Belastungsprobe für die Politik Hoovers und Stimers in Europa verhindert zu werden, die sich bereits jetzt noch vor dem Standpunkt der Konferenz bemerkbar gemacht haben. Die Vereinigten Staaten die französische Unterstützung in der Frage der Aufrechterhaltung der Verträge benötigt, wenn der Völkerbund die Mandatsfrage anrollt. Die Vereinigten Staaten befürchten offenbar, dass sie in ihrer fernöstlichen Politik von den Engländern nicht mehr unterstützt werden und glauben daher, sich auf die französische Seite schlagen zu müssen. Allgemein ist in Amerika die Ansicht verbreitet, dass die Londoner Konferenz, falls sie doch noch zustande kommt, wegen der deutsch-französischen Gegenfrage keine greifbaren Ergebnisse zeitigen wird.

Teile des Aufbauprogramms völlig im Unklaren liegen. Eine Sanierung der Industrie war eigentlich Bedingung, wenn die Industrie erfolgreich eingreifen soll. Sie hat bisher noch keine Hand gerührt, um auf die Aufreibung zu reagieren. Wenn von Arbeitseinstellungen die Rede war, so handelt es sich in der Hauptstadt um kleine und mittlere Unternehmen. Die Industrie wartet noch immer auf die erlösende Geldaufsicht durch die Regierung, denn das die Tarifbindung und die Einstellungsvoraussetzung allein nicht genügen, hat man der Regierung deutlich genug zu wissen gegeben. So steht zwischen allen Fragen, die die Regierung belasten, vor allem die, wie die Großindustrie in den Aufbau geladen werden kann, wie sie veranlasst werden soll, mehr zu produzieren, wenn sie keinen Absatzmarkt erkennen kann. Inzwischen haben sich die Finanzen nicht gerade gebessert. Das Reich kann nicht mit vollen Händen gegen aussteilen und immer weiter mit Subventionen arbeiten. Es wird schon Schwierigkeiten haben, den Stahlverein, in den es mit vollen Segen gegangen ist, zu sanieren, ohne das Reich mit großen Verlusten zu belasten.